



## Kurzmeldungen

### EPRLF gewinnt Wahlen

Die mittlerweile als politische Partei anerkannte und von Indien unterstützte ehemalige tamilische Guerillaorganisation 'Eelam Peoples Revolutionary Liberation Front' (EPRLF) hat die Provinzratswahlen für die zusammengelegte Nord-Ost-Provinz im November gewonnen. Neuer 'Chief'-Minister wird Varadarajah Perumal, Gouverneur soll der ehemalige Oberbefehlshaber der Armee, Nalin Senaviratne, werden. Die 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) hatten die Wahlen boykottiert. In der ehemaligen Nordprovinz sorgte ein Wahlbündnis zwischen der EPRLF und der 'Eelam National Democratic Liberation Front' (ENDLF) dafür, daß ihre Kandidaten alle Mandate in den fünf Distrikten erhielten. In der ehemaligen Ostprovinz, wo außer der EPRLF (17 Sitze) auch der 'Moslem Congress' (17 Sitze) und die regierende 'United National Party' (1 Sitz) Kandidaten aufgestellt hatten, fanden die Wahlen unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen statt. Dabei gaben nach offiziellen Angaben rund 61 % der Stimmberechtigten ein Votum ab, was von Beobachtern als Niederlage für die LTTE gewertet wird. Lediglich 5 % der sinhalesischen Stimmberechtigten beteiligten sich an den Wahlen - sie war von der JVP aufgefordert worden, durch Stimmenthaltung gegen die erfolgte Zusammenlegung der beiden Provinzen zu protestieren. "Das ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Tamilenstaat", lautete die Propaganda der JVP. Das Amt des Bildungsministers in der Provinz soll an den Sinhalesen Dayan Jayatilake gehen. Auch ein Moslems ist als Kabinettsmitglied vorgesehen.

### Sirimavo Bandaranaike warnt

Die srilankanische Präsidentschaftskandidatin Sirimavo Bandaranaike hat warnend darauf hingewiesen, daß dem Inselstaat der Sturz in die Anarchie drohe. Die Situation verschlimmere sich täglich, die zunehmende Zahl politischer Morde und anderer Gewalttaten schaffe ein Klima von Angst und Unsicherheit, erklärte die frühere Regierungschefin in einem Brief an Präsident Jayawardene. Dies könne viele Wähler bei der Präsidentschaftswahl am 19. Dezember von der Stimmabgabe abhalten. Dann werde das Ergebnis für die Bevölkerung nicht annehmbar sein.

Unterdessen geht die Reihe politisch motivierter Gewaltakte weiter. Von täglichen Anschlägen, für die Mitglieder der sinhalesisch-chauvinistischen 'Janatha Vimukthi Peramuna' (JVP) verantwortlich gemacht werden, sind jetzt auch erstmals indische Zivilisten betroffen gewesen. Nach offiziellen Angaben haben offensichtlich JVP-Mitglieder Ende November eine Zuckerrohrplantage in Monaragala überfallen und vier Menschen erschossen. Die Plantage, 'Monaragala Sugar

Company - Meta Interanational' ist ein indisch-srilankanisches Gemeinschaftsunternehmen. Die Opfer sind zwei Ehefrauen indischer Manager, ein indischer Ingenieur und ein srilankanischer Manager. Ein weiterer Inder wurde lebensgefährlich verletzt. Es handelte sich um den ersten Mordanschlag der JVP, bei dem auch Inder ums Leben kamen. Daraufhin hat die Botschaft Indiens in Colombo indischen Zivilisten, deren Zahl etwa 500 betragen soll, nahegelegt, das Land zumindest vorübergehend zu verlassen, weil ihre Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne. Die JVP hat noch vor kurzem Indien für die Probleme Sri Lankas verantwortlich gemacht.

Frau Bandaranaike schlug in ihrem Brief an den Präsidenten vor, den geordneten Ablauf der Wahlen durch ein Komitee aus Vertretern der UNO-Menschenrechtskommission, der Internationalen Juristenkommission, der Interparlamentarischen Union und des Commonwealth-Sekretariats zu gewährleisten. Dies sei angesichts der "unfairen und illegalen Praktiken" bei früheren Wahlen notwendig.

### Staatsangehörigkeit für 'indische Tamilen'

Am 9. November verabschiedete das Parlament in Colombo ein Gesetz, das den bisher staatenlosen Tamilen indischer Herkunft die srilankanische Staatsbürgerschaft garantiert. Betroffen von diesem Gesetz sind über 260000 sogenannte Plantagen-Tamilen. Bisher waren sie politisch rechtlos, weil die srilankanische Regierung ihnen die srilankanische Staatsbürgerschaft nicht gewährte. S. Thondaman, Minister für ländlich-industrielle Entwicklung und Vorsitzender des Ceylon Workers Congress (CWC) begrüßte es, daß der über 40jährige Kampf für die Bürgerrechte der 'Indien-Tamilen' jetzt zum Erfolg geführt hat.

### Randenigala-Staudamm eingeweiht

Am 31.10.88 wurde der Randenigala-Staudamm durch Minister Klein feierlich in Betrieb genommen. Der Damm ist Teil des Mahaweli-Programms, des größten Entwicklungsvorhabens in Sri Lanka und eines der teuersten Entwicklungsprojekte der Bundesregierung. 500 Mio. DM kostete das Bauwerk, 400 davon kamen aus der Bundesrepublik, 80 Mio. mußte Sri Lanka selbst aufbringen. Die Kapazität des Damms wird mit 112 Megawatt Strom angegeben. Nach Fertigstellung des Gesamtprojekts sollen 30 - 40% der Stromversorgung Sri Lankas und 70 - 80% des zur künstlichen Bewässerung notwendigen Wasserbedarfs durch das Mahaweli-Projekt aufgebracht werden.

Kritische Anmerkungen und Fragen hatten bei der feierlichen Zeremonie, an der sich auch Vertreter aller Religionsgemeinschaften Sri Lankas beteiligten, keinen Platz.